

Neue Wirtschaftsdemokratie und das demokratische Projekt der Moderne – fünf Thesen¹

Die reformpolitischen Konstellation der 1970er Jahre (Paust-Lassen, Peter, Wolf 2009) war in den fortgeschrittenen westlichen Ländern verbunden mit einem im Kern linearen Fortschrittsdenken in dem Dreiklang von Arbeit, Fortschritt und Glück. Die Hoffnungen und Erwartungen richteten sich auf einen stetigen weiteren Ausbau der in den Nachkriegsjahrzehnten entstandenen wohlfahrtsstaatlichen Demokratie. Vollbeschäftigung, menschengerechtere Gestaltung der Arbeit und weiterer Ausbau demokratischer Beteiligungsrechte Aller waren die Zielsetzungen. „Humanisierung der Arbeit“ und „mehr Demokratie wagen“ waren in Deutschland damals die entsprechenden Stichworte. Neben diesen Hoffnungen auf eine Vertiefung der Entwicklungsziele des „Sozialdemokratischen Jahrhunderts“ - Hoffnungen, die den „ganzen Keynes“ und dessen inzwischen so gut bestätigte Zukunftsprognosen nie zur Kenntnis genommen hatten - wandten sich neue soziale Bewegungen mit Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit aber auch schon neuen Herausforderungen zu. U. Becks „Risikogesellschaft“, wiederum „jenseits von Klasse und Schicht“ avancierte zum neuen theoretischen Erklärungsmodell. Nach seiner „zeitweiligen, oft scholastischen Wiederbelebung im Kontext der“ Studentenbewegung schien der Klassenansatz dann spätestens nach der Implosion des ‚Realsozialismus‘ „vollends als anachronistisch (Rehberg 2011,14). Heute ist die Lage nach drei Jahrzehnten einer neoliberal konzipierten und durchgesetzten Globalisierung gekennzeichnet durch eine fortschreitende soziale Spaltung der Gesellschaft, in der Massenarbeitslosigkeit, Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und drohende Altersarmut für Viele eine tiefe Krise des Projekts der „sozialen Bürgerschaft“ für Alle (Balibar 2008) signalisieren. In unserer Zeit der Subjektivierung, Flexibilisierung und teilweisen Entgrenzung von Arbeit (Peter 2007) wurde die Produktivität bei der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums seit Mitte der 1970er Jahre nahezu verdoppelt. Aber die Glücksforschung dokumentiert einen großen Abstand zwischen persönlichem Wohlergehen und Wachstum des Bruttosozialprodukts (Literaturübersicht bei v. Weizsäcker u. a. 361ff). Überdies sind uns von den Verheißungen des neoliberalen Gesellschaftsprojekts vor allem unbewältigte Herausforderungen und krisenhafte Zuspitzungen der Lage geblieben – und dies gilt nicht nur für eine ökonomisch und sozial nachhaltige Entwicklung sondern, besonders dramatisch auch für den Bereich der Ökologie. Denn mit der ökologischen Krise „ist eine Perspektive der Endlichkeit in den linearen Fortschritt eingezogen, die dem modernen Denken fremd, geradezu ungeheuerlich ist“ (Leggewie/Welzer 2009, 10) Und wie schließlich die jüngsten Zuspitzungen der Krise der europäischen Union zeigen (vgl. zuletzt Enzensberger 2011), gelten dramatische Krisenentwicklungen mittlerweile auch für das

¹ Der Aufsatz erschien im März 2012 in der „Gegenblende“.

demokratische Projekt der Moderne. In den Gewerkschaften wird seit der „neuen Weltwirtschaftskrise“ (Krugman 2009) die Forderung nach einem Kurswechsel (Huber 2010) erhoben, wobei auch eine Demokratisierung der Wirtschaft in die Richtung von Lösungen weisen soll. An der Suche nach Lösungsansätzen beteiligen sich Viele. Die folgenden fünf Thesen verstehen sich dazu als ein weiterer Beitrag.

1. Arbeit neu denken – Wirtschaftsdemokratie neu denken

Die Subjektivierung, Flexibilisierung und teilweise Entgrenzung von Arbeit fordern dazu heraus, Arbeit neu zu denken² und dabei „das Ganze der Arbeit“ (Biesecker, 1999 u. 2004) in den Blick zu nehmen. Das sind Fragen, die das „Forum Neue Politik der Arbeit“ von den „Spandauer Fragen“ (2002) bis zu den „Spandauer Thesen“ (2005/6) auch immer wieder intensiv beschäftigt haben. Alle Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit³ sind demnach - nach dem Ende der eindeutigen Dominanz männlich geprägter Normalarbeitsverhältnisse - von einer auf nachhaltige Entwicklung zielenden Arbeitspolitik gesellschaftlich angemessen zur Geltung zu bringen. – nicht nur im nationalen Rahmen sondern in Europa. Themen der Frauenbewegung und der Ökologiebewegung gilt es so mit den Ansätzen herkömmlicher Arbeitspolitik zu verknüpfen, um die Perspektiven einer neuen Politik der Arbeit herausarbeiten zu können.⁴

Nach der „neuen Weltwirtschaftskrise“ 2008/9 waren manche der Auffassung, dass „Wirtschaftsdemokratie das linke Thema der historischen Stunde“ sei. So hat das H. J. Urban im Februar 2010 formuliert.⁵ Aber wenn wir vor dem Hintergrund der ungeheuren Produktivkraftentwicklung der vergangenen Jahrzehnte heute Arbeit neu denken müssen, dann müssen wir auch das Konzept der Wirtschaftsdemokratie neu denken. Das ist meine erste These.

2. Nicht einfach an vorhandene Institutionen der Mitbestimmung anknüpfen

Aus dieser ersten These folgt eine zweite: Will man unter den heutigen Bedingungen wirksame Impulse für eine Demokratisierung der Wirtschaft setzen, kann man nicht einfach an unsere heutigen Mitbestimmungsinstitutionen anknüpfen, die in ihrer Entstehungsgeschichte auf das Konzept der Wirtschaftsdemokratie zurück verweisen.

² „Arbeit neu denken“ war vor diesem Hintergrund z. B. das Thema einer wissenschaftlichen Tagung an der Universität Jena im Juni 2011.

³ Vgl. zu diesem weiten Arbeitsbegriff auch Kambartel 1994.

⁴ Die Debatten des „Forums neue Politik der Arbeit“ sind auf dessen Homepage www.FNPA.de dokumentiert. Hinweise auf die zahlreichen Veröffentlichungen finden sich ebenfalls dort.

⁵ So in einem Referat auf der Tagung in Erinnerung an J. Huffs Schmidt in Berlin im Februar 2010.

Ein VW-Gesetz für alle⁶ z.B. wäre sicherlich eine deutliche Verbesserung des Status Quo. Es ist vor dem Hintergrund der Standortkonflikte aus dem Konjunkturzyklus 2002 bis 2008 (vgl. Martens/Dechmann 2010) eine sehr einleuchtende Forderung, und angesichts seiner drohenden Strangulierung durch die EU-Rechtssprechung wird die IG Metall darum kämpfen. Aber eine solche Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung ist für die Masse der abhängig Beschäftigten unmittelbar folgenlos, und sie ist noch lange keine „neue Wirtschaftsdemokratie“.⁷

Die Montanmitbestimmung war nach einem sehr zutreffenden Wort von U. Borsdorf „die isolierte Pragmatisierung einiger Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie für die Kräftekonstellation der Nachkriegszeit“ (U. Borsdorf, 1982,272). Die weitere Entwicklung der Mitbestimmung über das BetrVG von 1952, dessen Novellierung 1972 und das MitbestG'76 markiert Schritte der Einpassung der Mitbestimmung in die soziale Marktwirtschaft. Sie waren in Deutschland Teil des wohlfahrtsstaatlichen Ausbaus der „institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften“ (v. Ferber 1961) während der ersten Nachkriegsjahrzehnte. Die weiteren Entwicklungen bezeichnen dann Schritte von deren fortschreitender Erosion unter den Bedingungen eines zunehmend marktradikalen Neoliberalismus. Und mit den „Metamorphosen der sozialen Frage“ (Castel 2000), aber eben auch den unbewältigten ökologischen Herausforderungen sowie einer nicht mehr nur latenten Krise der Demokratie, drohen die fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften „ihr Morgen“ zu verspielen.⁸

Aber was kennzeichnet demgegenüber das alte Konzept der Wirtschaftsdemokratie F. Naphtalis aus dem DGB-Programm von 1928?⁹ Wirtschaftsdemokratie sollte den friedlichen Übergang zum Sozialismus ermöglichen - und mit dessen Kommen zu rechnen, so viel Marxismus war damals noch in nahezu allen Strömungen der Arbeiterbewegung vorhanden. Gedacht wurde das damals vor dem Hintergrund von Hilferdings Theorie des „organisierten Kapitalismus“, einer Großtheorie, die mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 obsolet war – wie auch (tagespolitisch) die Wirtschaftsdemokratie. Verknüpft war das Konzept mit einer starken Akzentuierung von Planung über Wirtschafts- und Sozialräte. Die parlamentarische Demokratie sollte so ergänzt werden. Aber Formen von Beteiligung – auch nur der noch jungen Betriebsräte, geschweige denn der Arbeiter – waren dem Konzept eher fremd. Blickt man heute statt, wie Naphtali, auf die Massenarbeiter aus der Zeit noch vor dem Aufstieg des Fordismus auf die hochqualifizierten Wissensarbeiter in ihren virtuellen globalen

⁶ Gefordert in einer EntschlieÙung des Gewerkschaftstags 2011 der IG Metall, vgl. auch Meine u.a. 2010.

⁷ Vgl. die konzeptionellen Überlegungen bei Martens 2010 u. 2011 sowie bei Martens/Scholz 2011.

⁸ Wie es R. Castel in einem seiner Zukunftsszenarien frühzeitig markant umrissen hat (Castel 2000).

⁹ Vgl. zum Folgenden schon Borsdorf 1986.

Produktionsräumen¹⁰, dann erkennt man leicht: man muss Wirtschaftsdemokratie wirklich neu denken.

3. Antworten auf vielfältige einander überlagernde Krisen gesucht

Die gegenwärtige öffentliche Krisendebatte fokussiert ganz einseitig auf die Finanzkrise, die aktuell isoliert als Schuldenkrise der Staaten behandelt wird – scheinbar ohne jeden Bezug zur Weltfinanzkrise und zur neuen Weltwirtschaftskrise. Zwar warnt der IWF mittlerweile vor einer drohenden „großen Depression“ und im Feuilleton der FAZ fordert N. Minkmar dazu auf: „Stellt endlich die Systemfrage!“ Aber die öffentliche Debatte wird immer noch von den neoliberalen Glaubenssätzen beherrscht. Ein vermeintlicher Lösungsvorschlag folgt dem nächsten, damit im Übrigen alles so weiterlaufen kann wie bisher. Folgt man der v. a. von der Bundesregierung forcierten Politik weiter, wird man Europa vor die Wand fahren.¹¹

Tatsächlich sind wir mit vielfältigen, einander überlagernden und sich verstärkenden Krisen konfrontiert.

- Die Ökonomische Krise als „große Krise“ ist eine Krise der Finanzmärkte, der Realwirtschaft, der Staatsverschuldung und auch der Leitbranche des alten fordistischen Entwicklungsmodells, also der Automobilindustrie.
- Die ökologische Krise tritt uns als Energiekrise, als Problem der Endlichkeit von Ressourcen, als Klima-Krise gegenüber.¹²
- Die Krise der Demokratie wird sichtbar als wachsende Parteienverdrossenheit, über das Erstarken rechtspopulistischer Strömungen in fast allen europäischen Staaten und schließlich die Krise der EU.
- Weiter gibt es wachsende Welthungerkrisen und immer neue Kriegsgefahren.

Aber man könnte auch sagen: es mehren sich die Hinweise, dass das von H. Arendt so bezeichnete „Wunder der Politik“ – und das ist für sie immer demokratische Politik (vgl. Arendt 1993) - möglich ist. Vom „arabischen Frühling“ über Spanien bis zu „Occupy-Wallstreet“ sind neue demokratische Bewegungen entstanden. Sie fordern

¹⁰ Vgl. die aktuelle Untersuchung von A. Boes und T. Kämpf (2011) über die „Global verteilte Kopfarbeit.“

¹¹ Als aktuellen Kommentar siehe T. Koniecz (2011) oder auch J. Augstein (2011). Zur Kritik des neoliberalen europäischen Projekts, wie es gegenwärtig mit der seitens der Bundesregierung mit Nachdruck geforderten und beförderten Austeritätspolitik weiter forciert wird (vgl. Lehndorff 2011), vgl. grundsätzlich Scholz u.a. (2009) oder zuletzt auch Enzensberger 2011.

¹² Und sie ist mindestens so dramatisch wie die Krise der verselbständigten Finanzwirtschaft. Die Durchsetzung sozialer, ökonomischer und auch ökologischer Nachhaltigkeit erfordern angesichts des immer absehbareren „Endes der Welt wie wir sie kannten“ (Leggewie/Welzer 2009) ein sehr grundsätzliches neues Denken, demgegenüber das „Drehen an einigen ökonomischen Stellschrauben“ angesichts der Folgen der neuen Weltwirtschaftskrise bisweilen anmutet wie das Austauschen eines defekten Wasserhahns in der Erste-Klasse-Kabine der Titanic, nachdem sie den Eisberg gerammt hat. Ungerührt lautet die Devise an Deck: Wir sind unsinkbar“ (Leggewie/Welzer 2011, 158).

die herrschende Politik heraus – nicht nur die autokratischer Regime, auch die unserer „Postdemokratien“ (Crouch 2008). Sie suchen, und das wäre die dritte These, nach neuen, ganzheitlichen Antworten auf die Vielzahl der krisenhaften Entwicklungen.

Zugleich fällt auf, dass den Politikern in den Institutionen des herrschenden Politikbetriebs dazu bislang wenig einfällt.¹³ Sie stecken fest im „Weiter-So“. Ihr Blick richtet sich fast immer isoliert auf *das* gerade ganz besonders brennende Problem, also z.Z. auf die vermeintliche „Schuldenkrise“¹⁴, und ihre Lösungsvorschläge suchen dann an alte institutionelle Lösungen anzuknüpfen, die in den sogenannten „goldenen Jahrzehnten“ des Fordismus eine Zeit lang tragfähig gewesen sind.

4. Angesichts der gegenwärtigen Krisen geht es um das unabgeschlossene demokratische Projekt der Moderne

Meine vierte These lautet: Angesichts der gegenwärtigen, sich vielfach überlagernden und wechselseitig verstärkenden Krisen steht heute wieder einmal das demokratische Projekt der Moderne auf dem Spiel, das seit den großen Revolutionen am Ende des 18. Jahrhunderts (in den USA und in Frankreich) wieder in unserer Welt, also gerade einmal 240 Jahre jung ist. Dieses demokratische Projekt der Moderne – von Jefferson z.B. für eine agrarische und noch zutiefst patriarchal verstandene Gesellschaft konzipiert – ist von Beginn an sehr radikaldemokratisch gedacht worden (vgl. Arendt 1976). Und es gibt in ihm auch von Beginn an utopisch sozialistische Motive und Strömungen.¹⁵ Es ist aber auch von Beginn an immer nur in Grenzen (z.B. nach Klasse, Rasse oder Geschlecht) realisiert worden, und der Kapitalismus, der im 19. Jahrhundert aufblühte, hatte immer auch ein gebrochenes Verhältnis zur Demokratie und kam über lange Zeiträume in vielen Regionen der Welt gut ohne sie aus.

Mit dem „Epochenbruch“ um die Mitte der 1970er Jahre¹⁶ ist das „mehr Demokratie wagen“ Willy Brandts mehr und mehr „umgekehrt worden, und an seine Stelle ist – forciert von der europäischen Handlungsebene aus – ein entdemokratisierendes hayekanisches Projekt der Elitenherrschaft forciert worden.“¹⁷

¹³ „Wider die herrschende Leere“ lautete schon der Titel eines Buches maßgeblicher Redakteure der Frankfurter Rundschau, das sich als ein Frontalangriff gegen das weithin gedankenleere „Weiter So“ des herrschenden Politikbetriebs liest.

¹⁴ Selbst im Wirtschaftsteil großer liberaler Tageszeitungen findet man inzwischen Kommentare, die auf die Perspektivlosigkeit solcher isolierten Lösungssuchen verweisen Vgl. etwa M. Buchmüller in der SZ vom 5./6.11. 2011.

¹⁵ Die punktuell sogar mit der Person T. Jeffersons verknüpft sind vgl. dazu Krippendorf 2000.

¹⁶ Vgl. dazu die „Spandauer Thesen“ sowie die dazu im Rahmen des FNPPA geführte Debatte in Scholz u. a. 2006.

¹⁷ Enzensberger (2011), hat in seiner kleinen Analyse der „halbvergessenen Vorgeschichte“ der EU herausgearbeitet, dass in ihr wichtige Personen, wie der erste Präsident der hohen

Mit der Spaltung und Prekarisierung in unserer Gesellschaft gehen im Übrigen auch demokratische Entrechtungen in der Wirtschaft einher. Ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet hierzulande im Niedriglohnbereich, meist ohne Tarifvertrag und ohne Betriebsräte unter den Bedingungen einer autoritären Anordnungskultur (vgl. I. Artus 2010). Auch der Abbau sozialer Sicherungssysteme schreitet weiter im Zeichen der Privatisierung weiter voran – und wird uns derzeit als *die* Lösung der Schuldenkrise in den südeuropäischen EU-Staaten präsentiert. Man konfrontiere die angebliche „Lösung“ der Griechenland-Krise, und die Beunruhigung der herrschenden Eliten über die, spät genug, beabsichtigte Befragung der griechischen Bevölkerung, z.B. mit diesem Jefferson-Zitat, das H. Arendt (1974, 306) in ihrer Schrift „Über die Revolution“ anführt : „Wenn das Volk je aufhören sollte, sich um öffentliche Angelegenheiten zu kümmern, werden wir alle, Ihr und ich und der Kongress und die Parlamentsversammlung, die Richter und die Statthalter, wie wir da gehen und stehen, zu reißenden Wölfen werden.“

5. Jefferson, Marx und Keynes- Radikale Demokratie als Hebel zum Aufbrechen der neoliberalen Hegemonie

Dass das Volk sich um seine öffentlichen Angelegenheiten kümmert, und dass in einer Industriegesellschaft die Arbeit in einer privatrechtlich verfassten Wirtschaft endlich wirklich eine öffentliche Angelegenheit wird, setzt nun freilich voraus, dass den Menschen entsprechende Ressourcen für demokratische Beteiligung zur Verfügung stehen. Arbeitszeitverkürzungen – vor dem Hintergrund einer angemessenen Verteilung des in den vergangenen Jahrzehnten immens gewachsenen gesellschaftlichen Reichtums – hätten hier ihren realpolitischen wie utopischen Gehalt.

Das erfordert aber im Zuge einer entsprechenden Mobilisierung das Aufbrechen des immer noch hegemonialen neoliberalen Denkens. Man müsste dann z.B. klar machen:

- Den Schulden der Staaten steht privat angeeigneter Reichtum in gleicher Höhe gegenüber.

Behörde, Jean Monnet, in ihrem Konzept von Europa auf „im Konsens getroffene Eliteentscheidungen“ setzten und auf die „höfliche Fiktion der Volkssouveränität“ keinen Wert legten (a. a .O. 41). F. O. Wolf zitiert in diesem Zusammenhang eine sehr erhellende Definition ‚moderner Politik‘ die ihm zu Zeiten seiner Mitgliedschaft im Europäischen Parlament der EU-Kommissar Martin Bangemann gegeben hat, und „für die das Verfahren der Gesetzgebung auf der Grundlage der Volkssouveränität angesichts der Schnelligkeit und Komplexität der vor allem technischen Entwicklung viel zu langsam und umständlich wäre: Klare Festlegung von Zielen und Kriterien durch rechtsverbindliche internationale Konventionen und Schaffung einer allein kompetenten Interpretationsinstanz mit Sanktionsmacht. Bangemanns Beispiel war damals der WTO. Aber auch andere Strukturen der neueren ‚global governance‘ und eben die EU selbst erfüllen die Anforderungen dieses hayekanischen Programms einer Aushöhlung demokratischer Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten“ (Wolf 2009,27f).

- Der „sanfte Tod des Rentiers“ infolge einer Sozialisierung der Investitionen angesichts eines wachsenden Überflusses an Anlagefähigem Kapital, die J. M. Keynes für das letzte Viertel des vergangenen Jahrhunderts von aufgeklärten Bürgern und einer aufgeklärten Politik erwartet hatte, muss endlich herbeigeführt werden.
- Das verselbständigte System der Finanzwirtschaft - in dem „gegenwärtige Zukünfte“ und „zukünftige Gegenwarten“ in einem in die Zukunft hinein endlosen virtuellen Raum verrechnet oder verwettet werden, so dass uns „das Gespenst des Kapitals“ immer schon aus der Zukunft entgegenkommt (J. Vogl 2010), müsste also sozialisiert werden im Blick auf seine Funktionen für die Realwirtschaft.

Dann wäre es möglich, die repräsentative Demokratie durch vielfältige Formen direkter Beteiligung (von der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, über ein VW-Gesetz für alle bis zu Beteiligungsformen a' la Stuttgart 21, aber früh genug eben, oder in Gestalt von R. Jungks „Zukunftswerkstätten (Müllert/Jungk 1982) oder P. Dienels „Planungszellen“ (Dienel 1991) wirkungsvoll zu erweitern. Dann wäre nachzudenken und zu experimentieren in Bezug auf gesellschaftliche Steuerungsprozesse, die neben der Institution des Marktes nicht nur private Planungsprozesse großer Konzerne kennen, und in denen auch steuernde Eingriffe demokratisch legitimierter und durch Beteiligung verlebendigter staatlicher Instanzen vorbehaltlos möglich wären.¹⁸ Und dann hätten die Repräsentanten unserer parlamentarischen Demokratie eine ganz andere Bodenhaftung – und der heute alles beherrschende Lobbyismus hinge zunehmend in der Luft.

Meine fünfte These wäre, dass die reale Produktivkraftentfaltung – auf Seiten der lebendigen Arbeit wie auch in Gestalt der IuK-Technologien, die heute schon das Entstehen global vernetzter Produktionsräume ermöglichen, von denen die großen Konzerne ebenso leben wie z. B. Bewegungen wie Occupy-Wallstreet – für eine solche radikale Demokratie alle Voraussetzungen bieten. Die Entfaltung von Demokratie – also einer Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, bei der umfassende demokratische Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrechte von Allen wirklich wahrgenommen werden können, würde dann als eine im Prinzip nie abzuschließende, von jeder Generation neu anzugehende „unendliche Aufgabe“ (Heil/Hetzel 2006) erkennbar. Niemand könnte den Unfug von einem Ende der Geschichte verbreiten, ohne sich einem schallenden Gelächter auszusetzen, denn alle wären dazu herausgefordert und hätten die Chance sich nach ihren je individuellen Möglichkeiten an deren Gestaltung aktiv zu beteiligen.

Literatur

Arendt, H. (1974): Über die Revolution, München Zürich

¹⁸ Vgl. dazu die Debatte auf der Homepage des FNPA zum Thema Wirtschaftsdemokratie.

- Arendt, H. (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, hrsgg. Von U. Ludz, München-Zürich
- Artus, I: (2010): Interessenvertretung im Niedriglohnbereich. Vortrag auf der Tagung „Betriebliche Mitbestimmung und gewerkschaftliche Modernisierungskampagnen – Praxis und Forschung in Deutschland, 08./09. Juni 2010, Mühlheim a. d., Ruhr (Mitschrift)
- Augstein, J. (2011): Aufräumarbeiten im Finanz-Fukushima, Spiegel-online, 27.10. 2011 (<http://www.spiegel.de/politikdeutschland/o,1518,794313,00.html>)
- Balibar, E. (2008): Die philosophischen Grundlagen des Wohlfahrtsstaats. Von der Kritik der Menschenrechte zu der Kritik der sozialen Rechte, in: Lindner, U.; Nowak, J.; Paust-Lassen, P. (Hg.): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit. Frieder Otto Wolf zum 65. Geburtstag, Münster
- Bauchmüller, M. (2011): Ferne Katastrophe. In der Finanzkrise gerät Wachstum zum Selbstzweck. Das wird teuer. SZ, 5./6. 11. 2011, S. 25
- Biesecker, A. (1999): Kooperative Vielfalt und das „Ganze der Arbeit“. Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH (WZB), Paper 00504 der Querschnittsgruppe „Arbeit und Ökologie“
- Biesecker, A. (2004): Arbeit und Ökologie – Thesen. In: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Arbeit in der neuen Zeit. Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik, Politik der Arbeit, Münster
- Borsdorf, U. (1982): Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschafters von 1875 bis 1945, Köln
- Borsdorf, U. (1986): Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung – Historische Stufen der Annäherung an den Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen 3/1986, S. 264-278
- Castel, M. (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz
- Dienel, P.C. (1997): Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie, Opladen
- Enzensberger, H. M. (2011): Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas, Frankfurt
- Ferber, C. v. (1961): Die Institution der Arbeit in der industriellen Gesellschaft – Versuch einer theoretischen Grundlegung. Habil.-Schrift, (nur teilweise veröffentlicht)Göttingen
- Heil, R.; Hetzel, A.(2006): Die unendliche Aufgabe – Perspektiven und Grenzen radikaler Demokratie, in: dies. (Hg.):Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld, S. 7-23
- Huber, B. (2010): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise, Frankfurt am Main
- Jungk, R.; Müllert, N. R. (1981): Zukunftswerkstätten, Hamburg
- Kambartel, F. (1994): Arbeit und Praxis, in: Honneth, A. (Hg.): Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie, Frankfurt am Main, S. 123-139
- Krippendorf, E., (2001): Jefferson und Goethe, Hamburg
- Krugman, P. (2009): Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt am Main
- Leggewie, C.; Welzer, H. (2011): Bürger auf die Barrikaden! Auszüge aus „Das Ende der Welt, wie wir sie kannten“ (2009), in: Forum Wissenschaft und Umwelt Wien, Interdisziplinär 14: Demokratie und Umweltkrise. Brauchen wir mehr Mitbestimmung München 2011, S. 157-160
- Lehndorff, S. (2011): Deutschland in der europäischen Krise: Teil der Lösung oder Teil des Problems? In: WSI-Mitteilungen, 12/2011, S. 650-658
- Martens, H. (2003): Aufbrüche und blockierte Reformvorhaben: Erfahrungen mit OE-Prozessen in den Gewerkschaften; Vortrag auf dem Hattinger Forum „Organisationslernen in Gewerkschaften – sind die Gewerkschaften zukunftsfähig? Hattingen 19./20. 09. 2003, www.hattinger-kreis.de
- Martens, H. (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. An knüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg

- Martens, H. (2011): Neue Wirtschaftsdemokratie. Übergangsforderungen vor dem Hintergrund der Krise, in: DAS ARGUMENT, H. 291, 2/2011, S. 211-221
- Martens, H.; Scholz, D. (2010): Wirtschaftsdemokratie neu denken – Eine Herausforderung angesichts der neuen Weltwirtschaftskrise, [www:FNPA.de](http://www.FNPA.de)
- Minkmarm N. (2011): Stellt endlich die Systemfrage, FAZ, 11.12. 2011
- Naphtali, F. (1977/1928): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt
- Rehberg, K.-S. (2011): "Klassengesellschaftlichkeit" nach dem Ende der Klassengesellschaft?, in: Berliner Journal für Soziologie, 1/2011, S. 7 - 21
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens., H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O. (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster
- Scholz, D.; Schmidt-Hullmann, A.; Karras, A.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Pieper, W.; Wolf, F.O. (Hg.) (2009): „Europa sind wir – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa“, Münster
- Vogl, J. (2010): Das Gespenst des Kapitals, Zürich
- Weizsäcker, E. U. v.; Hargroves, K.; Smith, M. (2010): Faktor Fünf. Die Formel für nachhaltiges Wachstum, München
- Wolf, F.O. (2009): Wie funktioniert europäische Politik und wie kann sie verändert werden?, in: Scholz, D.; Schmidt-Hullmann, F.; Karras, A.; Martens, H.; Paust-Lassen., P.; Pieper, W.; Wolf, F.O., (Hg.): „Europa sind wir“ – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa, Münster, S. 17-39